

Rede Klaus Wicher, 1. Landesvorsitzende des Sozialverband Deutschland, SoVD, Landesverband Hamburg anlässlich des Neujahrsempfangs der DGB Senioren Hamburg, am 26. Januar 2017

Es noch früh im Jahr 2017 und deswegen ist es noch erlaubt, Euch vor allem eine gute Gesundheit und ein ereignisreiches Jahr zu wünschen. Wir gehören schon zu den älteren Semestern, jedenfalls die meisten von uns. Da kann man schon ein wenig Trost gebrauchen, was uns ein Zitat von Johann-Wolfgang von Goethe spenden könnte: „Der Rost macht erst die Münze wert.“ In diesem Sinne ein gutes neues Jahr.

Lieber Johannes, lieber Vorstand der DGB Senioren, lieber Katja Karger, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste,

ich bin sehr gern gekommen, um heute bei Euch die Neujahrsansprache 2017 zu halten. Ich fühle mich sehr geehrt, dass Ihr gerade mir in diesem außerordentlich bedeutsamen und vermutlich schwierigen Jahr diese große Ehre zu Teil werden lasst.

Ganz zu Beginn möchte ich betonen, dass Ihr besonders für die ältere Generation in der Stadt viel eingebracht und viel erreicht habt. Ihr seid stark! Hervorheben möchte ich Euren Vorschlag zur Mitbestimmung der Seniorinnen und Senioren in Hamburg, der zum Gesetz geworden ist, und auf dessen Grundlage jetzt im Frühjahr die Wahlen zu den Seniorenvertretungen durchgeführt werden. Der SoVD Hamburg schätzt Euch als sehr innovativen und zuverlässigen Partner. Deswegen sage ich ganz zu Beginn: Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit Euch in 2017 und in den kommenden Jahren!

Die Zusammenarbeit mit Katja Karger pflegen wir in verschiedenen Bündnissen. Sie macht das dort, wie ich finde sehr gut, so dass wir gut voran kommen. Das soll auch so weiter gehen. Danke dafür Katja!

Zunächst möchte ich auf einige aktuelle Entwicklungen eingehen, bevor ich zum Thema Rente komme.

2017 wird ein Jahr der Richtungsentscheidungen mit Wahlen in mehreren Bundesländern und im Herbst zum Deutschen Bundestag. Danach wird es eine neue sozialpolitische Justierung geben. Unsere Leitgedanken sind **Soziale Gerechtigkeit, Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit**, an denen wir nicht nur festhalten, die wir auch einfordern werden. Unsere Ansichten und Ideen dazu werden wir einbringen. Wir werden uns einmischen: DGB und seine Einzelgewerkschaften und der SoVD - Seite an Seite.

Vor einem Jahr hätte kaum einer geglaubt, dass Donald Trump Präsident der Vereinigten Staaten werden könnte. Jetzt ist es Wirklichkeit geworden. Er wird versuchen das umzusetzen, was er angekündigt hat. Mit der Rücknahme der Gesundheitsreform („Obama Care“) seines Vorgängers Barrack Obama hat er bereits begonnen. In den USA wird dies zu einer zunehmenden sozialen Spaltung führen. Trump steht außerdem für Rassendiskriminierung, Sexismus und Frauenfeindlichkeit. Dies kann eine Gesellschaft grundlegend verändern. Die USA

ist die größte Volkswirtschaft der Welt und verfügt über den größten Militäretat. Mit dieser Macht ausgestattet, wird der neue Präsident versuchen, die internationalen Beziehungen neu zu justieren. Er stellt die transatlantische Partnerschaft in Frage und diskutiert offen über Handelshemmnisse. Er will Mauern an der Grenze zu Mexiko bauen, er droht mit einem längst überwundenen Protektionismus. Wenn das so kommt, wird uns diese Entwicklung nicht nur ökonomisch schaden, das ist sicher, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Rund um Deutschland, aber auch bei uns, gewinnen Rechtspopulisten und Nationalisten weiter an Boden. Sie fühlen sich auch durch den Erfolg von Donald Trump in den USA gestärkt. Nicht nur in Deutschland wird gewählt, auch in Frankreich und den Niederlanden - und die Umfragen für die Parteien am rechten Rand sind gut. Die politische Landschaft in Europa könnte sich danach grundlegend ändern.

Für uns wird es darauf ankommen, den Menschen eine Perspektive zu geben, die abgekoppelt sind und die Angst vor der Globalisierung haben. Diese Menschen eint die Furcht vor dem sozialen Abstieg. Sie fühlen sich politisch ohnmächtig. Jetzt glauben sie, dass die Rechtspopulisten diejenigen sind, die sich für sie einsetzen werden. Illusionen entstehen immer dort, wo die Not groß ist. Nicht nur materielle Not, sondern auch innere Not. Sie entsteht, wo sich jemand verlassen, vergessen oder benachteiligt fühlt. Politik muss auf diese Menschen zugehen und ihnen Halt geben. Das ist unsere Aufgabe. Wir müssen überzeugend verdeutlichen, dass bei uns niemand zurückgelassen wird. Wir müssen Armut erfolgreich bekämpfen, Langzeitarbeitslosen helfen, einen Job zu finden und Altersarmut vermeiden: Das ist Aufgabe der Politik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Rechtspopulismus, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit sind stets die Totengräber von Gewerkschaften und Sozialverbänden gewesen. Das hat die Geschichte in vielfältiger Weise immer wieder gezeigt. Massiver Widerstand von uns kann nur die Antwort darauf sein.

Wir erleben eine tiefgehende soziale Spaltung und größer werdende Gegensätze zwischen Arm und Reich, auch in unserer Stadt. Verlierer des globalisierten Kapitalismus geraten immer weiter an den Rand der Gesellschaft. Armut ist in Hamburg allgegenwärtig. Besonders bedrückend ist die seit Jahrzehnten anhaltende hohe Kinderarmut. Aber auch immer mehr alte Menschen geraten in den Sog der Armut. Für sie bedeutet es den Ausschluss aus der Gesellschaft am Ende ihres Lebens. Ein Weg ohne Umkehr! Dies können, dies dürfen wir nicht zulassen.

Noch immer gibt es in Hamburg und anderswo eine große Zahl von Menschen, die für ihre harte Arbeit so wenig Lohn erhalten, dass sie am Ende des Monats aufstockende „Stütze“ beantragen müssen, um das Existenzminimum für sich und ihrer Familie finanzieren zu können. Eine ordentliche Rente können sie davon nicht erarbeiten. Es gibt Reiche, die immer reicher werden. Allein in Hamburg leben 42.000 Millionäre. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns als Gewerkschaften und Sozialverbände entschieden: Diese Verhältnisse wollen wir nicht länger dulden!

Wenn für viele eine ordentliche Rente am Ende des Arbeitslebens herauskommen soll, dann müssen wir uns dieser sozialen Spaltung entschieden entgegenstellen!

Und das werden wir! Der DGB mit seinen Mitgliedsgewerkschaften und der SoVD fordern einen Kurswechsel in der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik.

Unser erklärtes Ziel ist es, die Alterssicherung in Deutschland zu stärken und den sozialen Abstieg sowie Armut im Alter zu verhindern. Annelie Buntenbach betont zu recht: „Dreh und Angelpunkt ist die gesetzliche Rentenversicherung und damit das Rentenniveau. Der Sinkflug des gesetzlichen Rentenniveaus muss sofort gestoppt werden“. Das Rentenniveau muss deutlich auf mindestens 50 Prozent angehoben werden.

Die Zahl der von Altersarmut Betroffenen steigt jedes Jahr kontinuierlich an - bundesweit und auch in Hamburg. Immer mehr Rentnerinnen und Rentner sind schon jetzt ganz unten angekommen. Heute müssen bereits rund 550.000 Menschen in Deutschland ihre Rente auf das Niveau von Hartz IV aufstocken und diese Zahl wird in den nächsten Jahren weiter dramatisch ansteigen. In Hamburg ist das Problem besonders gravierend. Von 13.000 im Jahre 2005 ist die Zahl der „Aufstocker im Rentenalter“ heute bereits auf rund 25.000 angestiegen, hat sich also fast verdoppelt. Das entspricht einer Quote von 7,3 Prozent. Bundesweit ist Hamburg damit trauriger Spitzenreiter, noch vor Berlin, noch vor Bremen. Nimmt man die Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner hinzu, dann leben in Hamburg über 41.000 Menschen, die von ihrer Rente nicht existieren können. Besonders dramatisch ist, dass über 60 Prozent davon Frauen sind. Dies werden wir nicht hinnehmen, Kolleginnen und Kollegen!

Auf dem Arbeitsmarkt hat es gravierende Veränderungen in der Arbeitsmarktpolitik gegeben. Wir erleben eine gewaltige Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse sowie Beitragsausfälle durch Langzeitarbeitslosigkeit und vermehrter Familienarbeit mit zu geringem Rentenanspruch, bei einem kontinuierlich sinkenden Rentenniveau.

Die Zahl der Minijobs ist stark angestiegen; in 2/3 dieser Jobs sind Frauen beschäftigt. Der Niedriglohnsektor ist von 18,7 Prozent (Stand 1995) der abhängig Beschäftigten auf bereits 24,3 Prozent (Stand 2013) gestiegen. Die nicht gestellten Weichen der damaligen Arbeitsmarktreformen sind eine der Hauptprobleme, mit denen wir uns heute auseinandersetzen müssen. Daraus erwachsen heute und in Zukunft ein Großteil der Altersarmut. Nur wer ein ordentliches Einkommen hat, der wird auch eine ordentliche Rente bekommen. So einfach ist das, Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen eine Umkehr und zwar sehr schnell!

Das zweite große Problem unserer heutigen Gesellschaft ist das kontinuierlich sinkende Rentenniveau. Letztlich steht das Rentenniveau für Vertrauen in die gesetzliche Rente. Dies darf nicht außer Acht gelassen werden, wenn der weit verbreiteten Angst vor Armut im Alter begegnet werden soll.

Streiten kann man sicherlich darüber, wo ein lebensstandardsicherndes Rentenniveau beginnt. Wir sagen, es liegt bei mindestens 53 Prozent. Das war das Niveau vor der Rentenreform 2001. Das aktuelle Rentenniveau ist bereits bei 47,7 Prozent angekommen und wird weiter bis auf 43 Prozent absinken. Hier bedarf es einer Kehrtwende, die jetzt eingeleitet werden muss!

Was kann nun getan werden, um einerseits steigende Altersarmut zu verhindern und zugleich Menschen aus diesem Zustand herauszuholen? Es muss unmittelbar bei den jeweiligen Ursachen angesetzt werden, damit Maßnahmen Wirkung zeigen können. Diese werde ich kurz skizzieren und dabei aufzeigen, wo sich etwas bewegt.

Es gibt grundsätzlich drei Ansatzmöglichkeiten, um der Altersarmut wirksam zu begegnen.

- (1) Die Gehälter im Arbeitsleben müssen so sein, dass davon eine gute gesetzliche Rente aufgebaut werden kann.
- (2) Das Rentenniveau muss bei mindestens 50 Prozent stabilisiert und wieder auf das lebensstandardsichernde Niveau von 53 Prozent angehoben werden.
- (3) Die Ausgleichselemente für beitragsfreie bzw. -geminderte Zeiten müssen wieder eingeführt werden.

(1) Gehälter und Löhne

Der sich relativ ausgeweitete **Niedriglohnssektor** kann nicht allein mit einer Maßnahme bekämpft werden. Unser Vorschlag:

- Jährlich dynamisierter Mindestlohn ohne Ausnahmen
- Regulierung von Leiharbeit und Ersatz von Minijobs
- Bekämpfung des Missbrauchs bei Werkverträgen

Hier gibt es Ansätze in der Regierungspolitik. Wir müssen allerdings genau hinsehen, was im Einzelnen geplant wird und wie das angedachte Ergebnis wirken kann.

Bei **Arbeitslosigkeit**:

- Entrichtung von Rentenversicherungsbeiträgen bei Bezug von ALG II
- Verlängerung des Bezugs von ALG I

Bei **Familienarbeit (hauptsächlich Frauen)**:

- Ausbau der Beiträge zur Rente für Pflegepersonen
- Vollständige Gleichbehandlung bei der sog. Mütterrente

Bei **Erwerbsminderung**:

- Stärkere Prävention, Rehabilitation und Aufgabe der Kostendeckelung bei den Reha-Ausgaben
- Schnelle Verlängerung der Zurechnungszeit
- Komplette Streichung der Abschläge von bis zu 10,8 Prozent

Hier plant die Koalition in Berlin in Schritten noch in dieser Wahlperiode, die Zurechnungszeit von 62 auf 65 Jahre zu verlängern. Immerhin ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

In der **Rentenbezugsphase (wenn jemand schon in Altersarmut ist):**

Befristete Verlängerung der Rente nach **Mindestentgeltpunkten** bis zum Stichtag der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes.

Dies ist ein Hebel, um Menschen, die bereits in Altersarmut leben, wirksam zu helfen.

Stufenweise **Anhebung des Rentenniveaus** zunächst auf 50 und dann möglichst bis auf 53 Prozent.

Dies ist von zentraler Bedeutung, wenn wir bessere Renten erhalten wollen.

Für **Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung:**

- Einführung eines gestaffelten Rentenfreibetrags
- Zugang zur Grundsicherung bei Erwerbsminderung auch für befristete Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner

Hier plant die Koalition in Berlin noch vor Ende der Legislaturperiode die Einführung von Freibeträgen (Vorschlag des SoVD). Dies ist auch ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit. Es wird darauf ankommen, wie hoch die Freibeträge sein werden.

Bei **Selbstständigkeit:**

Aufnahme in die gesetzliche Rentenversicherung; besser noch: Die Einführung einer **Erwerbstätigenversicherung**

(2) Rentenniveau anpassen

Die Koalition plant Verbesserungen bei den Betriebsrenten und bei Riester. Dagegen wäre nichts zu sagen, wenn dies als eine zusätzliche Absicherung betrachtet werden könnte. Das ist es aber nicht, denn es bleibt beim Drei-Säulen-System mit der Absenkung der gesetzlichen Renten. Es fehlt an Vorschlägen zur Sicherung des Lebensstandards durch die gesetzliche Rente. Dies ist nicht akzeptabel!

Die Vorschläge von DGB und seinen Einzelgewerkschaften sowie dem SoVD verursachen höhere Kosten. Deswegen ist es dringend erforderlich, dass wir eine ernsthafte Diskussion führen, was einer solidarischen Gesellschaft Arbeit und Alterssicherung wert sind. Unsere Vorschläge führen aber auch zu Mehreinnahmen, so dass man nicht nur auf die Kosten schauen darf.

Schon die Rente mit 67 wird nicht zu einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit, sondern in vielen Fällen zu einer Vergrößerung der Lücke zwischen Berufsaustritt und Renteneintritt führen. Die Folgen sind absehbar: Die Vorruhestandsarmut wird sich vermehren - und in der Folge auch die Altersarmut.

Unser Ziel muss sein, das tatsächliche Renteneintrittsalter an die Regelaltersgrenze heranzuführen. Hierfür muss die Beschäftigungssituation der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessert werden. Zum Beispiel durch Teilrentenmodelle.

Wir brauchen eine Orientierung dafür, was an Vorschlägen gut oder nicht gut ist. Das kann die Rentenkampagne der Gewerkschaften leisten.

- Rente muss für ein gutes Leben reichen!
- Rente muss auch morgen reichen!
- Rente muss für ein würdevolles Leben im Alter reichen!

Hierfür müssen wir kämpfen und streiten, Kolleginnen und Kollegen! Gewerkschaften und Sozialverbände müssen öffentlich Position beziehen!

Die Vorschläge von Frau Ministerin Nahles sollen den Lebensstandard im Alter sichern und Nachhaltigkeit für die jüngere Generation schaffen. Zunächst muss festgestellt werden, dass für Rentnerinnen und Rentner, die sich bereits in Altersarmut befinden, keine Verbesserungen vorgesehen sind. Hierfür sind Maßnahmen notwendig, um auch die zurückliegenden Zeiten besser zu bewerten. Dies hat die Ministerin bislang nicht vorgesehen.

Basis für die Alterssicherung für zukünftige Rentnerinnen und Rentner soll nach wie vor das Drei-Säulen-Modell sein. Dabei sollen insbesondere die Betriebsrenten, beispielsweise durch Zuschüsse für Geringverdiener, verbessert werden. Ebenso soll die Grundzulage bei der Riester-Förderung angehoben werden. **Für uns aber steht außer Frage, dass die Lebensstandardsicherung allein aus der gesetzlichen Rente gespeist werden muss.** Alles andere kann nur „on top“ kommen.

Ebenfalls im Programm von Frau Nahles wird skizziert, dass das Rentenniveau bei 46 Prozent gehalten und das Beitragsniveau einen bestimmten Wert nicht übersteigen soll, um die Rentenentwicklung besser als bisher an die Lohnentwicklung zu koppeln. Um dies zu erreichen, sind mehr Steuermittel einzusetzen.

Nach den Vorstellungen von DGB und SoVD muss die gesetzliche Rente so gestaltet sein, dass sie für die Lebensstandardsicherung im Alter ausreicht. Das bedeutet eine Anhebung des Rentenniveaus auf zunächst auf 50 Prozent und dann bis auf 53 Prozent.

Im Ergebnis können wir mit den Vorschlägen von Frau Ministerin Nahles nicht zufrieden sein, auch wenn es für die Erwerbsminderungsrentnerinnen und -Rentner und für Grundsicherungsempfänger Verbesserungen geben wird.

In anderen Parteien gibt es Vorschläge, die allerdings zum Teil weit hinter denen von Ministerin Andrea Nahles zurückbleiben. Die Linke hat mit einer Grundrente von 1050 Euro einen Vorschlag, der diskutiert werden kann, der allerdings das bestehende bisherige Rentensystem sprengt. Wenn man diesen Vorschlag realisieren wollte, wäre unter anderem zu bedenken, dass aus dem bestehenden Rentensystem Ansprüche über viele Jahrzehnte bestehen bleiben würden, die zusätzlich finanziert werden müssten.

Wenn ich mir so manche Vorschläge aus der Politik ansehe, fällt mir ein Zitat von Tucholsky ein: Man kann den Hintern schminken wie man will, es wird kein ordentliches Gesicht daraus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Ziel muss eine auskömmliche Rente statt Altersarmut sein. Es wird auf uns ankommen, wenn wir dieses Ziel wahr werden lassen wollen. Es wird insbesondere auf die Gewerkschaften, die Sozialverbände und andere wesentliche Player ankommen und darauf, welchen Druck wir machen wollen und können. Öffentlich müssen wir uns gemeinsam stark machen für die gesetzliche Rente, die den Lebensstandard sichert. Vor der Bundestagswahl ist der beste Zeitpunkt. Denn dürfen wir nicht verpassen.

Ich danke Euch für Eure Geduld und Aufmerksamkeit.